

Beschluss des SPD-Präsidiums

Sichere Renten gibt es nur mit der SPD!

Eine sichere und gute Altersversorgung ist für die Beschäftigten in Deutschland von existenzieller Bedeutung.

Auf die Rentenpolitik der SPD ist Verlass:

- Die SPD setzt eine langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus für die Rentnerinnen und Rentner von heute und morgen durch.
- Mit der SPD wird es keine Erhöhung des Renteneintrittsalters geben.
- Der abschlagsfreie Rentenanspruch nach 45 Versicherungsjahren bleibt bestehen.
- Eine Privatisierung der Rente lehnen wir ab.
- Wir stärken die gesetzliche und die betriebliche Rente durch den weiteren Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
- Wir sorgen dafür, dass Rentenbeiträge bezahlbar bleiben.

Die SPD sorgt dafür, dass mehr als 30 Millionen rentenversicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine verlässliche Perspektive für ein würdiges Leben im Alter haben.

Um die Rente auch in unserer alternden Gesellschaft zu sichern, müssen wir die Beschäftigung stärken und für gute Löhne sorgen. Das lehnen Friedrich Merz und seine CDU ab und schlagen stattdessen vor, das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Damit verunsichern sie Millionen Menschen im Land.

Vor den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen sieht sich Friedrich Merz nun gezwungen, die Forderungen aus seinen Reihen zu relativieren. Die CDU hat allerdings gerade ihre Position auf einem Parteitag geklärt und genau das möglich gemacht, was Friedrich Merz nun abräumen will. Im Grundsatzprogramm ist der Renteneintritt an die Lebenserwartung gekoppelt. Was gilt denn nun?

Ein weiteres Ablenkungsmanöver ist der Ruf nach „differenzierten Lösungen“ oder die Ablehnung einer „starrten Altersgrenze“. Eine solche differenzierte Lösung gibt es bereits: Wer lange gearbeitet hat, der kann nach 45 Beitragsjahren zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen.

Forderungen aus der CDU, die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren abzuschaffen, würden besonders die Menschen in Ostdeutschland hart treffen. Viele Ostdeutsche haben längere Erwerbsbiographien als gleichaltrige Westdeutsche. Bei den neu bewilligten Altersrenten konnten zuletzt über 40 Prozent der ostdeutschen Männer

45 Versicherungsjahre vorweisen. Das liegt deutlich über dem Anteil bei westdeutschen Männern (34 Prozent). Auch bei den Frauen ist der Unterschied deutlich (31 Prozent Ost vs. 24 Prozent West). Für uns ist und bleibt es eine Frage des Respekts, dass diejenigen, die 45 Jahre geschuftet haben, bis zu zwei Jahre früher und ohne Abschlüge in Rente gehen können, wenn sie es denn wollen.

Pläne für die Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung oder die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren wären faktische Rentenkürzungen für Millionen Menschen. Das bringt Beschäftigte um ihre hart erarbeiteten Rentenansprüche. Für die SPD ist klar: Solche Ungerechtigkeiten dürfen nicht Realität werden.

Gute Löhne und mehr Beschäftigte sind die beste Rentenpolitik

Die Beschäftigten brauchen Sicherheit - jetzt und in Zukunft. Sie sind das Rückgrat des Standortes Deutschland und sie sind es, die unser Land am Laufen halten. In einer gerechten Gesellschaft sind gute Löhne und gute Renten Teil des Respekts gegenüber der Lebensleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer jahrzehntelang Beiträge zur gesetzlichen Rente leistet, muss sich darauf verlassen können, dass die Rente sicher und auskömmlich ist. Dafür steht die SPD ein!

Deshalb stabilisieren wir noch in diesem Jahr das Rentenniveau. Deshalb haben wir die Erwerbsminderungsrenten erhöht. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass früher als geplant die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West Wirklichkeit geworden ist. Keine dieser Entscheidungen war ein „Geschenk“, wie es gerne mit verächtlichem Unterton von der politischen Konkurrenz behauptet wird. Es ging immer um die Anerkennung von Lebensleistungen.

Anstelle von theoretischen Debatten über das gesetzliche Renteneintrittsalter braucht es einen stärkeren Fokus auf das faktische Renteneintrittsalter im Land. Wichtig ist, dass die Beschäftigten auch durch gute Arbeitsschutzpolitik so gesund bleiben, dass sie das gesetzliche Renteneintrittsalter gut im Job erreichen können. Verantwortliche und kluge Alterssicherungspolitik legt die Grundlagen für einen hohen Beschäftigungsstand und eine steigende Produktivität unserer Volkswirtschaft. Dies sind die zentralen Stellschrauben für sichere Renten und stabile Beitragssätze, auch im demographischen Wandel. Für die Beschäftigten gilt: Gute Löhne sind die zentrale Voraussetzung für gute Renten im Alter. Deshalb brauchen wir einen höheren Mindestlohn und eine deutliche Stärkung der Tarifbindung. Die Stärkung der Tarifbindung ist zudem der entscheidende Schlüssel, um die immer noch bestehende Lohnlücke zwischen Ost und West endlich zu schließen. Das ist überfällig. Deshalb fordern wir eine schnelle Umsetzung des bereits seit langem ausgearbeiteten Bundestariftreuegesetzes unseres Bundesarbeitsministers Hubertus Heil. Wo unser aller Steuergeld eingesetzt wird, da wird Gute Arbeit künftig zur Bedingung!

Wo wir die Rente weiterentwickeln wollen

In einer sich wandelnden Wirtschafts- und Arbeitswelt braucht die Rentenversicherung immer wieder Anpassungen. Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass wir die Grundrente gegen viele Widerstände durchgesetzt haben und dass sie ohne mühsame Antragstellung funktioniert. Von der Grundrente profitieren vor allem Frauen, die häufig in Berufen gearbeitet haben, in denen viel verlangt, aber trotzdem wenig verdient wird. Und es profitieren viele Ostdeutsche, die oft besonders lange, aber zu niedrigen Löhnen gearbeitet haben. Es ist gut und richtig, dass ostdeutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wie Petra Köpping, Georg Maier und Dietmar Woidke auf Ungerechtigkeiten in der Nachwendezeit hinweisen und Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Grundrente vorgelegt haben. Denn nur wer die Unterschiedlichkeiten von Biografien im Blick hat, kann Politik gerecht gestalten.

Solidarische Alterssicherung heißt aus sozialdemokratischer Sicht auch, dass möglichst viele zur Solidargemeinschaft beitragen. Die SPD wird im Rahmen ihres Regierungsprogramms für die Bundestagswahl 2025 weitere Vorschläge für eine sichere und stabile Rente in Deutschland vorlegen. Denn nur mit einer starken SPD wird die gesetzliche Rente eine Zukunft haben, auf die man sich verlassen kann.